



Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Anfrage 2025-GC-122

Gefährdet das Moratorium für Praktikumsstellen das Recht auf ein rasches Urteil?

Urheber:	Dorthe Sébastien / Michellod Savio
Anzahl Mitunterzeichner/innen:	0
Einreichung:	15.05.2025
Begründung:	---
Überweisung an den Staatsrat:	15.05.2025
Antwort des Staatsrats:	23.06.2025

I. Anfrage

Am 14. Mai 2025 kündigte das Amt für Justiz wegen einer seit längerem bestehenden Budgetüberschreitung ein sofortiges Moratorium für den Abschluss neuer Praktikumsverträge für das Jahr 2025 an. In verschiedenen Gerichten übernehmen die Praktikantinnen und Praktikanten jedoch bis zu einem Viertel der redaktionellen Arbeiten. Ohne sie besteht die Gefahr einer deutlichen Verlängerung der Verfahrensdauer und einer Beeinträchtigung des verfassungsmässigen Rechts auf ein Urteil innert angemessener Frist (Art. 29 KV, Art. 6 EMRK). Die Massnahme weckt daher grosse Bedenken hinsichtlich der Qualität des Service Public der Justiz und der Ausbildung der zukünftigen Juristinnen und Juristen unseres Kantons.

Ausserdem stellen wir die folgenden Fragen:

1. Ist sich der Staatsrat bewusst, dass das Moratorium mit der Streichung eines signifikativen Teils der gerichtlichen Redaktionsressourcen die bereits bestehende Überlastung verschlimmern könnte?
2. Inwiefern wurden die Auswirkungen auf die Dauer der Verfahren und die Qualität des Service Public der Justiz vor dem Entscheid analysiert? Kann der Staatsrat die Ergebnisse der Analyse bekanntgeben oder andernfalls unverzüglich eine solche in Auftrag geben?
3. Welche Sofortlösungen (Zusatzkredite, Budgetübertragung, temporäre Verstärkung, direktionsübergreifende Zusammenarbeit usw.) plant der Staatsrat, um eine angemessene Urteilsfrist zu garantieren und allfällige Staatshaftungsklagen zu vermeiden?
4. Innert welcher Frist beabsichtigt der Staatsrat, dem Amt für Personal und Organisation eine neue Lösung vorzuschlagen und das Moratorium aufzuheben (oder abzuschwächen)? Welche finanziellen und organisatorischen Bedingungen müssen dafür erfüllt sein?

II. Antwort des Staatsrats

1. *Ist sich der Staatsrat bewusst, dass das Moratorium mit der Streichung eines signifikativen Teils der gerichtlichen Redaktionsressourcen die bereits bestehende Überlastung verschlimmern könnte?*

Der Staatsrat hat die Tatsache, dass die Praktikantinnen und Praktikanten bei der Sicherstellung eines ordentlichen Justizbetriebs und einer raschen Rechtsprechung eine wertvolle Ressource sind, nicht in Frage gestellt.

Das Moratorium für den Abschluss neuer Praktikumsverträge im Jahr 2025 war befristet, bis eine gesetzeskonforme Lösung zur Deckung der Ausgaben für die überzähligen Praktikumsplätze gefunden würde, weil es gemäss dem Gesetz über den Finanzhaushalt des Staates, respektive seinem Ausführungsreglement (FHR; SGF 610.11) nicht zulässig ist, Mehrausgaben mit Mehreinnahmen zu decken, mit Ausnahme der gebundenen Ausgaben nach Anhang 1 FHR. In seiner Sitzung vom 27. Mai 2025 genehmigte der Staatsrat deshalb einen Beschluss über einen Nachtragskredit, der vorsieht, die Mehrausgaben mit der Reduktion von Ausgaben innerhalb der Sicherheits-, Justiz- und Sportdirektion zu kompensieren, was die sofortige Aufhebung des Moratoriums erlaubte.

2. *Inwiefern wurden die Auswirkungen auf die Dauer der Verfahren und die Qualität des Service Public der Justiz vor dem Entscheid analysiert? Kann der Staatsrat die Ergebnisse der Analyse bekanntgeben oder andernfalls unverzüglich eine solche in Auftrag geben?*

Der Staatsrat hat keine Wirkungsanalyse vorgenommen, weil er nicht davon ausging, dass diese Situation von Dauer sein würde.

3. *Welche Sofortlösungen (Zusatzkredite, Budgetübertragung, temporäre Verstärkung, direktionsübergreifende Zusammenarbeit usw.) plant der Staatsrat, um eine angemessene Urteilsfrist zu garantieren und allfällige Staatshaftungsklagen zu vermeiden?*

Der Staatsrat hat einen Beschluss über einen Nachtragskredit genehmigt, um die Zahl der Praktikantinnen und Praktikanten von 2024 im Jahr 2025 beizubehalten.

4. *Innert welcher Frist beabsichtigt der Staatsrat, dem Amt für Personal und Organisation eine neue Lösung vorzuschlagen und das Moratorium aufzuheben (oder abzuschwächen)? Welche finanziellen und organisatorischen Bedingungen müssen dafür erfüllt sein?*

Das Amt für Justiz konnte das Moratorium 13 Tage nach seiner Verhängung aufheben, nachdem es Kompensationsmöglichkeiten in Form von Ausgabenreduktionen gefunden und dem Staatsrat einen Beschluss für einen Nachtragskredit vorgelegt hatte.